

Arbeiter-Zeitung

Erst im März mit Ausnahme des Sonn- und Festtags. **Wochenpreis:** wöchentlich 2,50 Mf., monatlich 2,60 Mf. Einzelnummer 10 Mf. Durch die Post bezogen monatlich 3,50 Mf. unter Briefkasten 5,00 Mf.

Kinosaalpreis: Die gebrauchte Filmmeterrolle oder deren Raum 12 Mf., Verleih- und Verkaufsumgangsgebühr 6 Mf. **Postkarte:** 10 Mf. — **Die dreigeschossige Filmmeterrolle oder deren Raum im Zeit 70 Mf.** — **Endsatz der Unterlagen-Ausgabe:** 14. der Haupt-Edition 8 Mf.; in den Silesia-Editionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien

Organ der R.P.D., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“

Begründet von Bernhard Spittländer (März 1920 ermordet)

Saßbergsitz: Breslau 10, Kreuziger Straße 50. Telefon 580 89. **Berlin-Mitte:** Breslau 844. **Redaktion:** Breslau, Kreuziger Straße 50. Telefon 280 02. **Uhrzeit:** 18 Uhr. — **Redaktion von 12—18 Uhr:** Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. — **Silesia-Editionen:** Gleiwitz, Oberstraße 50. Telefon 4088; Görlitz: Untergasse 6, Telefon 2384. Geschäftsstelle von 8—19 Uhr. **Vertrieb:** am Buchverlagsort Breslau. — **Verlag:** Siles. Verlagsgesellschaft m.b.H. Breslau. — **Druck:** Verlag Berlin, fil. Breslau, Kreuziger Str. 50.

Bleite der Großen Koalition!

(Eig. Ber.) Berlin, 11. Februar.

Die Koalitionsverhandlungen in Preußen, die der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun mit dem bisherigen Koalitionsparteien, Demokraten und Zentrum, sowie mit der Deutschen Volkspartei geführt hat, endeten ohne Ergebnis. Als Ursache des Scheiterns der Verhandlungen wird angegeben, daß die Deutsche Volkspartei zwei Ministerstellen im preußischen Kabinett gefordert hat, während die Koalitionsparteien der Volkspartei zunächst nur einen Sitz zusprechen wollten. Im Verlaufe der Verhandlungen zeigte sich dasselbe erregende Liebesverbot der Sozialdemokratie um die Deutsche Volkspartei, wie bei den Verhandlungen im Reichskabinett. Braun war ebenso bereit, allen sozialen Forderungen und dem Wollen nach auch allen personellen Forderungen der Deutschen Volkspartei und des Zentrums nachzugeben, wie Hermann Müller. Er führte in den Verhandlungen aus, daß die Hergennahme der Deutschen Volkspartei in die preußische Regierung absolut wünschenswert sei. Er sieht die Vertreter der Volkspartei an, angehoben der „großen politischen Fragen“, die zur Entscheidung stünden, nicht die Frage von ein oder zwei Ministerstellen als entscheidend zu betrachten. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet über folgende Neuerung, die Braun in den Verhandlungen gemacht hat:

„Im Kabinett würde somit niemals nach Parteien abgestimmt, sondern immer eine Verständigung geschlossen.“

„Mit anderen Worten“ die Deutschen Volkspartei taucht wieder auf.

Die Verhandlungen führen weiterhin um die quadriga Zustimmung der Deutschen Volkspartei gibt es jüngst keine Große Koalition. Das liegt sicherlich nicht an der Haltung der SPD, sondern an der Haltung des Zentrums. Die Differenzen zwischen dem Zentrum, das auf Abschluß des Konsortiums drängt und der Deutschen Volkspartei, die mit Rücksicht auf die Opposition

gegen das Konsortium in ihrer bürgerlichen Gesellschaft nicht ohne weiteres zustimmen kann, sind einer der Gründe. Der andere Grund, der vor allem die Haltung des Zentrums erklärt, ist das verzweifelte Bestreben der Pfaffenpartei, ihren rampierten Einfluß unter den kleinbürgerlichen Zentrumswählern zu festigen und die Versiegung im Lager der christlichen Arbeiter aufzuhalten. Das soll erreicht werden, indem das Zentrum die Verantwortung für die Erfolgslosigkeit der Reparationsverhandlungen in Paris abschafft und in den Fragen der Erwerbslosenhilfe so wie in allen anderen Fragen der Sozialpolitik im Reichstag ein demagogisches Oppositionsspiel treibt.

Hinter den augenblicklichen Verhandlungen, die heute als geschweigt bezeichnet werden, damit sie morgen wieder aufgenommen werden, verbirgen sich die tiefen Gründe, die den Bestand der Koalition gefährden. Was aber das Proletariat immer festhalten muß, das ist die Tatsache, daß eine Koalition der Sozialdemokratie der Deutschen Volkspartei und der Demokraten genau dieselbe arbeiterfeindliche und imperialistische Klassenlinie hat, wie eine Große Koalition mit Einschluß des Zentrums. Deshalb gilt es, als das wirkliche Ergebnis der gegenwärtigen gescheiterten Koalitionsverhandlungen die völlige Ohnmacht der SPD, die mehr denn je ein willensloses Werkzeug der bürgerlichen Truppenteile geworden ist, festzuhalten. Inmitten der Cliquenkämpfe der bürgerlichen Parteien steht die SPD heute in der Koalition bloß die Rolle eines Objekts. Sie ohnmächtiger sie ist, um so mehr klammert sie sich an die Koalition und an ihre Bestätigung in der Form der offiziellen

„Großen Koalition“. Ausweg für die Sozialdemokratie, es gibt keine Lösung“ der Krise, da sie durch keinen Koalitionsaustausch herbeigeführt werden kann.

Es gibt nur einen einzigen Ausweg, den die kommunistische Partei den Massen zeigt: Sturz der Koalitionsregierung in jeder Form durch außerparlamentarischen revolutionären Massenkampf der Millionenfront der Werktüchtigen.

„Die Polizei schlägt und wird schlagen“
Verschärfung des faschistischen Terrors in Polen

Von J. G. Warschau

Unendlich ist die Reihe der Verbrechen des polnischen Faschismus, begangen an den Arbeitern, Bauern und den unterdrückten Bürgern: Tausende von politischen Gefangenen, die in düsteren bürgerlichen Kasematten schmachten, systematische Misshandlung von Arbeiterversammlungen, Unterdrückung von Streiks mit Wassergewalt, Folterung der politischen Gefangenen, das Morden von Bauern, die sich gegen die Ausbeutung der Großgrundbesitzer ausschließen, Unterdrückung der Befreiungsbewegung der unterjochten Völker, Organisierung von bewaffneten Überfällen von faschistischen PPS-Kämpfegruppen auf Arbeitervertreter, auf Arbeiterversammlungen und Demonstrationen, auf ganze Bezirke des proletarischen Warschau.

Bis jetzt versucht aber der Faschismus, seine Verbrechen mit dem betrügerischen Mantelchen der „Rechtsbürgertum“ und des „Liberalismus“ zu decken. Nun hat der blutige Piłsudski es für zeitgemäß gefunden, sich etwas Offenheit zu erlauben, wenigstens teilweise sein Antlitz — das Antlitz eines faschistischen Henkers und Mörders von Arbeitern und Bauern — zu enthüllen.

In der Sitzung des polnischen Sejms am 4. Februar während der Debatte über das Budget des Inneministeriums trat der kommunistische Abgeordnete Genosse Heinrich Wittner auf und gab die Ermordung eines Arbeiters seitens der Polizei auf dem Hof der Defensivpolizei (polnische Polizei) in Soznowiec (vom Kohlenrevier Dombrówka) bekannt. Dieser Arbeiter wurde unter dem Verdacht des Kommunismus verhaftet. An diesem Augenblick erhob sich auf den Plätzen der Regierungsräumen der Innenminister Skadłowski und erklärte, indem er den Redner unterbrach, unter Beifall der Vertreter der Regierungspartei:

„Die Polizei schlägt nicht, sondern sie schlägt und wird schlagen, wenn die Kommunisten gegen den Bestand des Staates austreten werden.“

Es ist zum ersten Male in Polen, daß die faschistische Regierung öffentlich im Sejm zugestanden hat, daß sie den revolutionären Arbeitern und Bauern gegenüber ein System des Mordens anwenden, und daß dieses System weiter fortgesetzt werden wird. Mit diesem sogar im faschistischen Polen unerhörten Auftreten solidarisierte sich sofort der amtierende Bismarschall, der Vertreter des ganzen Sejm-Präsidiums, an dessen Spitze der Führer der PPS, Daszyński, steht.

Was bedeutet dieses Auftreten des faschistischen Inneministers? Es ist eine offene Legalisierung aller Morde und Gewalttaten der Polizei an den arbeitenden Massen seitens der Regierung. Es ist ein Aufruhr und ein Befehl zugleich zur Entfaltung des Terrors zur noch breiteren Anwendung von blutigen Polizeimethoden.

„Die Polizei schlägt und wird schlagen.“

Diese Worte, die im Sejm im Namen des faschistischen Täters erklungen, sind eine Anlage einer neuen schrecklichen Welle des faschistischen Terrors.

Vor einigen Monaten begann die faschistische Regierung eine Offensive gegen die bisher geltenden Rechte der politischen Gefangenen. Es folgten darauf verzweifelte Kämpfe mittels Hungerstreiks, die in dem berühmten Pawłów, in dem durch die Branciatelli der Administration sattsam belauerten Lemberger Brigadiści usw. ausbrachen. Dies genügte jedoch der faschistischen Regierung nicht. Die wachsende Unzufriedenheit der Massen, das Steigen ihrer Aktivität, die in dem großen Streik von Łódź, in Landarbeiterstreiks in der Westukraine, in einer Streitmasse im ganzen Lande ihren Ausdruck fand, beansprucht die faschistische Regierung mit Energie und Vorsätzen zu unterdrücken.

Aus den sich immer höher türmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten versucht der polnische Faschismus, einen Ausweg mittels der Steigerung der Ausbeutung und eines grenzenlos wildenden Terrors zu finden. Der weiße Terror ist zugleich ein Mittel zur Vorbereitung des Krieges. Er soll den Widerstand der Massen gegen die verbrecherischen Vorbereitungen des polnischen Faschismus zum Ueberraß auf die Sowjetunion breiten. Der polnische Faschismus delamiert über den Frieden, aber gleichzeitig organisiert er sieberhaft den Krieg. Indem die faschistische Regierung ihren Polizisten den Befehl zum Schießen auf die kommunistischen Arbeiter erteilt, tut sie einen weiteren Schritt in der Richtung des Krieges.

Der Terror gegen die Arbeiter und Bauern ist mit gesteigerten Repressalien und Gewaltmaßnahmen gegenüber den unterdrückten ununterdrückten Völkern eng verbunden; in erster Linie richtet er sich gegen die arbeitenden Massen der vom polnischen Imperialismus okkupierten Westukraine und Westweißrusslands. Denkwürdig bleibt der Pogrom der Ukrainer in Lemberg am 1. November vorigen Jahres, als die Polizei und die Banden der polnischen faschistischen Jugend duzende Ukrainer verniedigten und eine ganze Reihe von ukrainischen Wirtschafts- und Kulturstiftungen demolierten. Und nach diesem furchtbaren Pogrom hat sich die Regierung öffentlich mit der Barbarei des faschistischen Gesindels

Gibirische Kälte in Schlesien her mit Freilohle für alle Erwerbslosen und Notleidenden

II. Breslau, 10. Februar. Nachdem Schlesien vorübergehend am Freitag in den Bereich wärmerer Luft gelangt war, die die Temperaturen etwas ansteigen ließ, trat am Sonnabend ein erneuter Temperatursturz ein, der ein solches Ausmaß erreichte, daß geradezu sensationelle Thermometerlesstände verzeichnet wurden. In Breslau wurden in den frühen Morgenstunden des Sonntags minus

31 Grad gemessen,

eine Kälte, die seit 1791, dem Beginn der amtlichen Messungen, nicht mehr beobachtet wurde. Die gewöhnlichen Quecksilberthermometer reichen zur Messung solch niedriger Temperaturen nicht mehr aus, so daß nur noch Alkohol-Thermometer zuverlässige Feststellungen ermöglichen.

35 Grad in Oberschlesien

III. Gleiwitz, 10. Februar. Nachdem sich die Kälte in der Freitagnacht zwischen 10 und 20 Grad unter Null bewegte, ist im Laufe des Sonnabends und in der Nacht zum Sonntag eine neue große Kältewelle über ganz Oberschlesien hereingebrochen. Schon in den Sonnabend-Abendstunden wurden 24—28 Grad unter Null gemessen. Am Sonntagnorgen erreichte die Kälte ihren Höhepunkt. An verschiedenen Orten der Provinz wurden bis zu 35 Grad unter Null gemessen. Auch den Sonntag über hielt die strenge Kälte unvermindert an und bewegte sich in den Nachmittags- und Abendstunden zwischen 25 und 30 Grad. Trotz der großen Kälte konnte der Zugverkehr im allgemeinen ohne große Verzögerungen aufrechterhalten werden. Bedingt die Jäger aus Oberschlesien kamen mit Verzögerungen von 1 bis 3 Stunden an.

*

Unter den Folgen der sibirischen Kälte leiden am meisten die werttütigen Schichten. Insbesondere gilt das von den mehr als dreihunderttausend Erwerbslosen in Schlesien und

Die Kämpfe in Afghanistan

II. Nowra, 10. Februar. Wie aus Nowra gemeldet wird, veröffentlicht das Oberkommando des Königs Amanullah einen Bericht über die militärische Lage in Afghanistan. In diesem heißt es, daß nach einem heftigen Kampf zwischen den Truppen Amanullahs und denen des Königs Habibullah die Truppen Amanullah die Orte Budhata und Bagrami, zehn Kilometer östlich von Kabul, räumen müssen. Trotzdem sei es den Truppen Amanullah gelungen, bei einer Gegenoffensive die beiden Orte wieder zu erobern. Die Kämpfe seien noch nicht abgeschlossen.

Aus dem Lager der „Massereien“

Der Deutsche Turnerbund, eine ausgesprochen völkisch-schäfliche Sportbewegung, sieht in seinen Sätzen vor, daß nur solche Mitglieder aufgenommen werden, die alle Eigenschaften des edlen Germanentums in sich vereinen. Jeder Verlust der Mitglieder, sich mit einer „anderen Rasse“ zu verbinden, wird von dieser Organisation mit Ausschluß geahndet. Welche Blödsinnungen blühen diese Ausschau getötigt, zeigt der Beschuß der Führung dieses Verbundes gegen ein Mitglied, das gleichzeitig Bezirksmann war, indem es u. a. heißt:

„Der Bundesturnrat ist der Ansicht, daß Turnbruder Sch. eigentlich kein Recht hat, einem bündischen Verein anzugehören, da eine Ehe eines Kriels mit einer von Juden abstammenden Frau mit dem vom Turnerbund vertretenen Standpunkt der Massereiheit unvereinbar ist. Mit Rücksicht darauf jedoch, daß es nicht geschieht, ob dem Turnbruder Sch. bei seiner Hochzeitung die jüdische Abstammung seiner Frau bekannt war und weil die Hochzeitung vor der Gründung des Deutschen Turnverbands (1919) erfolgte, würde der Bundesturnrat gegen die weitere Mitgliedschaft des Sch. in einem bündischen Verein dann keine Einwendung erheben, wenn dieser eine schriftliche Erklärung abgibt, in der er ausdrücklich anerkennt, daß in Hinblick auf die klare Bestimmung der Bundesregelungen und die unzweckhaft nachgewiesene jüdische Abstammung seiner Gattin, weder diese noch deren Sohn einem Verein des Deutschen Turnerbundes angehören können und wenn er weiter auf die Stelle eines Bezirksmannes, die er inne hat, verzichtet.“

Wenn schon die Führer dieser rassereinen Bewegung, die Träger der nationalen Idee, in dem Punkt, auf dem es ankommt, versagen, wird an einen Wiederaufbau der deutschen Nation kaum zu denken sein.

Die beabsichtigte Isolierung der Ausgeschlossenen durchbrochen

Der Bundesvorstand des Arbeitersportbundes warnt die Vereine, mit den ausgeschlossenen Vereinen in Berlin-Brandenburg in sportliche Verbindung zu treten. Die Reformisten können jedoch ihr Ziel nicht erreichen, sondern überall ist bei den Arbeitersportlern der Willen vorhanden, ihre Solidarität mit den Ausgeschlossenen zum Ausdruck zu bringen.

Vor wenigen Tagen wußte der Sportklub Lutich-Berlin, einer der größten Vereine des Arbeitersportbundes mit seiner Vogtmannschaft in Hannover, um mit dem dortigen Verein „Sparta“ Wettkämpfe auszutragen. Das Ergebnis dieser Kämpfe war 7:7 Pts.

Der gemeinsame sportliche Verkehr zwischen den Arbeitersportlern, ob ausgeschlossen oder im Bunde befindliche, ist die beste Gewähr, daß der Kampf um die Einheit des Arbeitersports wächst und daß der Bundesvorstand mit seiner Politik immer mehr isoliert wird.

Auswärtiges Amt und Sport

Im „Schwimmer“, dem Organ des bürgerlichen Schwimmverbandes kann man über den Stand deutscher bürgerlicher Mannschaften im Auslande folgendes lesen:

„Heute wacht unser Vaterland über uns, wenn wir die deutschen Farben ins Ausland tragen. Über alle ausländischen Starts werden von unseren diplomatischen Vertretungen Berichte an das Auswärtige Amt gefaßt, das sie dann an die Verbandsleitung weitergibt, so daß diese stets genau im Bilde ist. Sollten einmal Berichte über Entgleisungen oder tabellenswertes Verhalten an die Verbandsleitung gelangen, so ist als selbstverständlich zu erwarten, daß die Entgleisten zur Verantwortung gezogen werden.“

Jetzt wird ein lustiger Krieg zwischen dem Auswärtigen Amt und den Sportkanonen entbrennen. Neugierig wird man sein, wie der Deutsche Schwimmverband in Streitfällen entscheiden wird, ob für die ihm unentbehrlichen Kanonen oder für die Belange des „Vaterlandes“.

Handballspiele für den 17. Februar

Männer A-Klasse

- 14.20: 5. Abt. — 7. Abt., Osnabrück; Feist-Tschernite.
14.30: Gandau — 2. Abt., Gandau; Kaluza-Bergander.
15.15: Poseidon — Möhbern, Stadion; Fritsch U.-Renschin I.
15.30: 1. Abt. — 6. Abt., Eichenpark; Fritsch E.-Duarg.

Männer B-Klasse

- 10.10: Nordost — 6. Abt., Osnabrück; Guhr-Lachmann.
10.10: 5. Abt. — 8. Abt., Osnabrück; Klose-Heider.
10.15: 1897 — 7. Abt., Lohewiese; Riedel-Tiegel.
1925 — spielfrei.

Männer C-Klasse

- 10.00: Gandau — 2. Abt., Gandau; Schmalisch-Keusch.
14.30: 1925 — Poseidon, Osnabrück; Lichnod-Rowarre.
15.00: Möhbern — 4. Abt., Lohewiese; Schlesinger-Flegel.

Männer D-Klasse

- 8.50: Nordost — 1925, Osnabrück; Guhr-Lachmann.
14.00: 1928 — 4. Abt., Stadion; Fritsch U.-Renschin I.
15.00: 9. Abt. — 8. Abt., Eichenpark; Bl. d. 7. Abt.; Schubert-Renschin II.
15.30: Deutsch-Pissa — 7. Abt. III, Klein-Heidau; Bahn-Gabriel.
7. Abt. IV — spielfrei.

Jugend A-Klasse

- 8.45: Gandau — Poseidon, Gandau; Schmalisch-Keusch.
8.50: 5. Abt. — 7. Abt. 2. Jgd., Osnabrück; Klose-Heider.
14.15: 1. Abt. — 2. Abt., Eichenpark; Fritsch G.-Duarg.
15.00: 6. Abt. — 4. Abt., Lichnod; Großbretsch-Reichert.
7. Abt. 1. Jgd. — spielfrei.

Jugend B-Klasse

- 9.00: 1897 — Nordost 1. Jgd., Lohewiese; Riedel-Tiegel.
13.50: 9. Abt. — Nordost 2. Jgd., Eichenpark; Bl. d. 7. Abt.; Schubert-Ren.
14.00: Fisch-Pissa — Poseidon, Al. Heidau; Bahn-Gabriel; Bl. d. 11.
14.30: 8. Abt. — 5. Abt. 2. Jgd., Helmuthwiese; Wallenburg U.-Renschin — spielfrei.

Sportlerinnen A-Klasse

- 10.00: Bratislavia — 4. Abt., Lohewiese; Hubrich-Striebel.
10.30: 1921 — Nordost, Eichenpark; Bl. d. 1. Abt., Baum-Albrecht.
8. Abt. — spielfrei.

Zagung der preußischen Provinzial-Sportkarteileiter

Für die kapitalistische Republik, gegen die revolutionäre Opposition

Am 2. und 3. Februar tagten in den Räumen des Wohlbehördenministeriums in Berlin die preußischen Provinzial-Sportkarteileiter unter Assistenz des reformistischen Führer der Zentralkommission. Bei der Zusammenstellung dieser Körperschaft war es selbstverständlich, daß alle Beschlüsse, die gesetzt wurden, in der Richtung der Annäherung an die Sozialdemokratie und die Ausleseung des Arbeitersports an die Bourgeoisie liegen. Die Arbeitersportler, die bei der Beschlusssatzung nicht gesetzt wurden, haben deshalb nicht nur die Aufgabe, die gesetzten Beschlüsse zu bekämpfen, sondern müssen vielmehr diese Beschlüsse durchbrechen, weil sie nicht im Interesse des Arbeitersports als selbständige Klassenbewegung des Proletariats sind.

Dass die Konferenz der Provinzial-Karteileiter das „stetgende Interesse“ der SPD. für den Arbeitersport begrüßt, ist selbstverständlich, handelt es sich doch um eine Zusammenkunft sozialdemokratischer Funktionäre, für die nicht entscheidend war, die Interessen der Arbeitersportler zu vertreten, sondern alles zu tun, um den Weg für die Verbürgerlichung des Arbeitersports frei zu machen.

Das Interesse der SPD. für den Arbeitersport besteht darin, daß sie die Spaltung des Arbeitersports durchgeführt hat und auch heute noch bereit ist, diesen Weg weiter zu gehen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn die Provinzial-Karteileiter einverstanden sind mit den Maßnahmen der Zentralkommission und der Bundesvorstände gegen die revolutionäre Opposition, die darin bestehen, daß Massenausschüsse derjenigen Arbeitersportler erfohlen, die den Kampf um die Erhaltung des Klassennichts der Arbeitersportbewegung führen. Es wurde deshalb auch festgelegt, daß die Provinzial-, Bezirks- und Kreissparteien durchorganisiert werden sollen, d. h. auf gut Deutsch überlegt, daß diejenigen aus den Leitungen entfernt werden sollen, die den Kampf gegen den Spaltungskurs der Reformisten führen. Die Arbeitersportler werden diese Maßnahme zu durchtreten wissen und nicht nur dafür sorgen, daß die bisherigen Funktionäre, die für die Einheit des Arbeitersports auftreten, ihre Funktionen behalten, sondern vielmehr dafür sorgen, daß diejenigen Elemente aus den Leitungen entfernt werden, die ihre Hand für die Ausleseung des Arbeitersports an die SPD. reichen.

In enger Verbindung mit der immer engeren Anlehnung an die kapitalistische Republik steht auch der Beschuß, an den Versammlungsfeiern am 11. August in diesem Jahre teilzunehmen. Heuchlerisch führt man dabei an, daß eine gemeinsame Beteiligung mit den bürgerlichen Sportlern nicht in Frage käme, sondern daß die nach dieser Richtung vorliegenden Beschlüsse beachtet werden müssen. In erster Linie steht die Bemerkung, ob es notwendig sei, „daß sozialdemokratische Würdenträger unter Nichtachtung proletarischer Gedankenwelt sich zu Förderern bürgerlicher Kultur missbrauchen lassen müssen.“ Über proletarische Gedankenwelt braucht man sich wohl mit sozialdemokratischen „Würdenträgern“ nicht zu unterhalten. Die Koalitions-politik mit den Parteien der Trustbourgeoisie verpflichtet nun einmal die sozialdemokratischen Führer, als Förderer des bürgerlichen Sports aufzutreten. Die kleinen Bonzen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben sich nur an das Vorbild ihres „großen“ Führers Severing, den Gast der Deutschen Turnerschaft, gehalten. Gellerts Kritik wird keinen Erfolg haben, sondern nach wie vor werden prominente Sozialdemokraten nicht nur den bürgerlichen Sport unterstützen, sondern dort sogar Mitglied sein.

„Und wer zahlt die Kosten? Doch nicht etwa das ja wohl unter Arbeitermehrheit stehende Stadamt für Leibesübungen? Möglich ist alles bei der Weltreihenheit vieler Arbeitersportler, über die Massenden Klassenkampfsetischen und idealen Ge-senseye zwischen bürgerlichen und Arbeitersport hinweggehend.“ Die Weltreihenheit liegt allein bei den sozialdemokratischen Führern. Nicht nur das Stadamt für Leibesübungen, sondern auch die Stadtverordnetenversammlung hat eine Arbeitermehrheit, wenn man die SPD-Fraktion dazu rechnet will. In der Praxis verfolgen die Sozialdemokraten überall seine proletarische Politik, sondern sind Steigbügelschalter der bürgerlichen Parteien und ihrer Sportverbände. Trotz sozialdemokratisch-kommunistischer Mehrheit erhalten die bürgerlichen Sportvereine in Berlin zehntausende Mark Unterstützung, weil die SPD. gemeinsam mit den Bürgerlichen dafür stimmt. Vielleicht erfindigt sich Gellert einmal danach, warum die 60 000 Mark, für die Bundeschule in Leipzig von den Kommunisten gefordert, mit den Stimmen der SPD. abgelehnt wurden, während diese Partei wenige Monate später 60 000 Mark der Deutschen Turnerschaft für ihre Sportschule zur Verfügung stellte.

Die Teilnahme sozialdemokratischer Führer an Veranstaltungen des bürgerlichen Sports entspringt ihrer allgemeinen arbeiterfeindlichen Politik und Herr Gellert hat eigentlich keine Ursache, die Berliner Stadtverordneten zu kritisieren, denn vor gar nicht allzu langer Zeit hat er ihre Politik mit allen Mitteln verfeindigt.

Dass die Reformisten alles tun werden, um bürgerliche und Arbeitersportler am Versammlungsstage gemeinsam demonstrieren zu lassen, ist schon deshalb selbstverständlich, weil sich die SPD. für die Beteiligung an den Demonstrationen einsetzt, die von den Behörden organisiert werden. Gemeinsam sollen Arbeitersportler und bürgerliche Sportler am Versammlungsstag demonstrieren. Die Arbeitersportler müssen sich einzeln für die kapitalistische Republik, die heute dem bürgerlichen Sport Millionen in den Taschen wirkt, während die Arbeitersportler Bettelpennige erhalten. Diese Tatsache konnte nicht einmal die Konferenz der Provinzial-Karteileiter bestreiten, sondern mußte zugeben, daß die Verteilung staatlicher Mittel selbst in der „demokratischen“ Republik zugunsten des bürgerlichen Sports erfolgt. Dass man dabei schwärmhaft schwiegen hat, daß die sozialdemokratischen Vertreter in der Reichs- und in den Landesregierungen, in den Kommunen, diejenigen sind, die diese Maßnahmen mit durchführen, war für die Täuschung der Arbeitersportler eine Aufgabe der Karteileiter.

Die Konferenz führte auch Beschuße, daß bei Einstellungen in die Reichswehr, Marine usw. der Besitz des Sportabzeichens des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen wenn nicht verlangt, so doch erwünscht ist. Je mehr die SPD. sich dafür einsetzt, daß der Wehrmacht der kapitalistischen Republik für ihren Ausbau als Waffeninstrument der Bourgeoisie die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, desto sie sich auch dafür ein,

dass aus den Reihen der Arbeiter der Nachwuchs für die Reichswehr gestellt werden soll.

und unterstützt damit praktisch die Bestrebungen der deutschen Bourgeoisie für den kommenden imperialistischen Krieg. Dass sich die Bildung und Selbst für einsetzen, daß auch Arbeitersportler in die Reichswehr gehen, ist bei ihrer politischen Einstellung nicht verwunderlich und zeigt nur die unabdingbare Notwendigkeit, mit aller Macht den Kampf gegen diejenigen Führer aufzunehmen, die alles unternehmen, um die Arbeitersportbewegung immer dichter an diese kapitalistische Republik zu bringen und im Interesse dieser Maßnahmen die Spaltung des Arbeitersports durchzuführen.

Diese Lehren müssen die Arbeitersportler aus dem Verlauf der Zagung der Provinzial-Karteileiter ziehen. Ueberall muss Bericht von dieser Konferenz verlangt werden, um gleichzeitig die Forderungen zu erheben, die im Interesse des Arbeitersports liegen. Die Stimmen der Mitglieder müssen den reformistischen Führern zeigen, daß sie nicht ihre Politik durchsehen können.

Gellert kritisiert SPD.-„Würdenträger“

Unter Führung des Berliner Oberbürgermeisters Böß, im Beisein des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Börgel und des SPD.-Stadtverordneten-Vorsteigers Hax wurden vor kurzem die Berliner Olympiaämpfer empfangen und nach gutem Brauch mit goldenen Uhren und ähnlichen „Ehrengaben“ beschenkt.

Die „Arbeiter-Turn-Zeitung“ knüpft an diese Tatsache die Bemerkung, ob es notwendig sei, „daß sozialdemokratische Würdenträger unter Nichtachtung proletarischer Gedankenwelt sich zu Förderern bürgerlicher Kultur missbrauchen lassen müssen.“ Über proletarische Gedankenwelt braucht man sich wohl mit sozialdemokratischen „Würdenträgern“ nicht zu unterhalten. Die Koalitions-politik mit den Parteien der Trustbourgeoisie verpflichtet nun einmal die sozialdemokratischen Führer, als Förderer des bürgerlichen Sports aufzutreten. Die kleinen Bonzen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben sich nur an das Vorbild ihres „großen“ Führers Severing, den Gast der Deutschen Turnerschaft, gehalten. Gellerts Kritik wird keinen Erfolg haben, sondern nach wie vor werden prominente Sozialdemokraten nicht nur den bürgerlichen Sport unterstützen, sondern dort sogar Mitglied sein.

„Und wer zahlt die Kosten? Doch nicht etwa das ja wohl unter Arbeitermehrheit stehende Stadamt für Leibesübungen? Möglich ist alles bei der Weltreihenheit vieler Arbeitersportler,

führt, über die Massenden Klassenkampfsetischen und idealen Gesenseye zwischen bürgerlichen und Arbeitersport hinweggehend.“ Die Weltreihenheit liegt allein bei den sozialdemokratischen Führern. Nicht nur das Stadamt für Leibesübungen, sondern auch die Stadtverordnetenversammlung hat eine Arbeitermehrheit, wenn man die SPD-Fraktion dazu rechnet will. In der Praxis verfolgen die Sozialdemokraten überall seine proletarische Politik, sondern sind Steigbügelschalter der bürgerlichen Parteien und ihrer Sportverbände. Trotz sozialdemokratisch-kommunistischer Mehrheit erhalten die bürgerlichen Sportvereine in Berlin zehntausende Mark Unterstützung, weil die SPD. gemeinsam mit den Bürgerlichen dafür stimmt. Vielleicht erfindigt sich Gellert einmal danach, warum die 60 000 Mark, für die Bundeschule in Leipzig von den Kommunisten gefordert, mit den Stimmen der SPD. abgelehnt wurden, während diese Partei wenige Monate später 60 000 Mark der Deutschen Turnerschaft für ihre Sportschule zur Verfügung stellte.

Die Teilnahme sozialdemokratischer Führer an Veranstaltungen des bürgerlichen Sports entspringt ihrer allgemeinen arbeiterfeindlichen Politik und Herr Gellert hat eigentlich keine Ursache, die Berliner Stadtverordneten zu kritisieren, denn vor gar nicht allzu langer Zeit hat er ihre Politik mit allen Mitteln verfeindigt.

Handball. Schiedsrichter-Vereinigung. Sämtliche Schiedsrichter werden hiermit aufgefordert, ihre Pässe beim Schiedsrichter-Obmann, Bünzlauer Straße 4, zwecks Kontrolle abzulegen.

Freie Turnerschaft Breslau. Abteilungs-Spiel- und Spottleiter Mittwoch, 20. Februar, 20 Uhr Sitzung. Jahresprogramm, Haushalt. 14.00: Hundsfeld 1. Jgd. — BSC. 1928 1. Jgd., Hundsfeld; Neu-

14.00: Sparta I — Trebnitz I, Schlachthof; Nieder. [mann R.

12.30: Sparta III — Trebnitz III, Schlachthof; Kaiser.

10.00: Südost 2. Jgd. — Sil. Ridders 2. Jgd., Klettendorf; Verein.

11.00: Südost 1. Jgd. — Sil. Ridders 1. Jgd., Klettendorf, Gelle.

Handball. Schiedsrichter-Vereinigung. Sämtliche Schiedsrichter werden hiermit aufgefordert, ihre Pässe beim Schiedsrichter-Obmann, Bünzlauer Straße 4, zwecks Kontrolle abzulegen.

FCB. Berlin 1926. Freitag, den 15. 2., findet um 20 Uhr im Vereinstatot eine Vollversammlung statt. Sämtliche Mitglieder haben zu erscheinen. Vereineigentum mitbringen.

FCB. Südbor. Wir ersuchen, Schriftsachen geschäftlichen Inhalts

nur an den ersten Vorsitzenden Georg Engel, Klettendorf, Schweizer Straße 9, postlichen Inhalts nur an den ersten Sportwart Franz Klose, Breslau, Augustastrasse 116, zu senden.

Fußballsparte. Schiedsrichter-Vereinigung. Montag, den 11. Februar, um 20.15 Uhr, Generalsitzung bei Gisela

Johannstraße. Alle erscheinen Ausweis mitbringen!

Bade dich gefund im Breslauer Hallenbad

Waldenburger Bergland

Sparmaßnahmen auf Kosten der Bedürftigen

Schöps schreit nach dem Staatsanwalt — Großes Gelächter ist die Antwort

Der Verlust der Sitzung des Waldenburger Stadtparlaments am 6. Februar hat noch klarer als sonst gezeigt, daß der arbeiterfeindliche Kurs der Stadtverwaltung unerträgliche Formen annehmen wird. Die Bürgerlichen klatschen Beifall und fordern, daß die Richtung zum Einsparen der verlorenen Millionen noch stärker gegen die arbeitende Bevölkerung durchgeführt wird, was von der SPD-Fraktion mit schiefem Begegnen gefordert wird.

Eingangs der Sitzung gab Altmüdt (SPD) eine Erklärung ab, in der er sich gegen die Schreibweise der „Arbeiter-Zeitung“ und die Anfrage der SPD-Landtagsfraktion wandte. Er stellte die Sache so hin, als ob darin geschrieben worden wäre, Altmüdt und Menzel hätten lange vor der Sitzung am 18. Dezember von dem Skandal gewußt. Genosse Malzert stellte das heuchlerische Gedanken der SPD ins rechte Licht. Bekanntlich hat Dr. Wieschner in der Sitzung am 18. Dezember die Stadtverordnetenversammlung bewußt angegriffen, indem er im Einverständnis mit Altmüdt und Menzel eine falsche Darstellung der Situation gab. Das haben beide Symbole der Demokratie nicht widertragen, also bestätigt.

Die SPD brachte eine lange Entschließung ein, deren kurzer Sinn der war, daß die Regierung durch Gesetz eine Regelung treffen möge, wonach die Kommunen ihre notwendigen Gelder, die durch Aufleihen aufgenommen werden, gleich aus erster Hand erhalten. Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen, dagegen eine Entschließung der Kommunisten gegen sieben Stimmen abgelehnt.

Die Anfrage der Kommunisten, was an den Beschuldigungen gegen zwei Angestellte des Bauamtes durch private Personen mehr sei, wurde vom Magistrat dahin beantwortet, daß die Untersuchung nicht das geringste gegen die Angestellten ergeben habe.

Im weiteren Verlauf wurden die ersten 17 Punkte platt erledigt. Sie umfaßten durchweg Abrechnungen. Punkt 18 Umlaufung von 40 Angestelltenstellen in Beamtenstellen, entwidmete sich zu einer Generalaussprache über die anzuwendenden Sparmaßnahmen. Die Bürgerlichen erklärten sich bereit, der Vorlage zugestimmen. Die SPD-Fraktion gab in diesem Zusammenhang die Versicherung ab, daß er unbedingt der Angriffe der Kommunisten keine Sparmaßnahmen fortsetzen werde. Genosse Malzert erklärte, daß vor die Sparpraxis von Diderer abschneien.

Das Sparen bei den Volksschulen, die Erhöhung der Mieten in den häuslichen Häusern, die Entlassungen beim Wirtschaftsamt und den Werkstätten zeigen zur Genüge die Arbeiterfeindseligkeit der Sparmaßnahmen.

Bei der Billigung von 2500 Mark zur Ausbildung berufsunfähiger, sitzlich und geistig gefährdeten schulentsetzten Mädchen entstand eine längere Debatte. Die kommunistische Fraktion beantragte, 50 schulentsetzte Mädchen in der Handels- und Gewerbeschule auszubilden. Genosse Reichelt wies darauf hin, daß die Vorlage in der vorliegenden Form unannehmbar sei, da durch sie der Ruf der deutschen Frauenvereine, „Schafft Dienstboten“, verwirklicht wird. Dann behandelte man den Antrag, den Bau der Stadthalle um ein Jahr hinauszuschieben, das Bauamt zu beauftragen, ein kleineres Projekt auszuarbeiten, und die Regierung zu ersuchen, die bewilligten 290 000 Mark bis nächstes Jahr der Stadt zu überlassen. Der Antrag der kommunistischen Fraktion, die 290 000 Mark von der Regierung sofort zum Wohnungsbau zu verlangen, wurde gegen die

Stimmen der Antragsteller abgelehnt und der Antrag des Magistrats gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Erst Stadthalle, dann Wohnungsbau, ist jetzt die Parole. Darauf nahm man Stellung zur Abänderung des Steuerbeschlusses für das Rechnungsjahr 1928/29. Bekanntlich ist gegen den Steuerbeschluß von Seiten der Industrie und der Gewerbelebenden Einpruch erhoben worden. Von der Regierung und dem Magistrat ist beschlossen worden, den Beschluß wie folgt abzuändern:

- a) Budget zur Grundvermögenssteuer früher 350 Prozent, jetzt 300 Prozent;
- b) Budget zur Gewerbesteuer vom Ertrag früher 850 Prozent, jetzt 700 Prozent; für Auswärtige früher 1020 Prozent, jetzt 900 Prozent;

c) Budget zur Gewerbesteuer von der Lohnsumme früher 300 Prozent, jetzt 200 Prozent; für Auswärtige früher 4080 Prozent, jetzt 3600 Prozent.

Für die kommunistische Fraktion erklärte Genosse Frank, daß die Zustimmung zum Steuerbeschluß von der Gestaltung des Gemeinwerts abhängt. Der beschlossene Etat entspricht in keiner Weise den Interessen der Mehrheit der Einwohnerchaft. Die zu erhebenden Steuern sind durchweg indirekt und sozial ungerecht, aus diesem Grunde muß die kommunistische Fraktion den Beschluß vom 27. Juni ablehnen. Da aber die Ablehnung dieses Abänderungsbeschlusses praktisch bedeutet würde, den Magistrat zu verpflichten, den alten Beschluß durchzuführen, so hat sich die kommunistische Fraktion der Stimme enthalten. Der Abänderungsantrag wurde bei Stimmenenthaltung der Kommunisten angenommen.

Zum Schluß der Sitzung machte Stadtverordneter Schäfer seiner liegebräunten Seele Luft, da er als republikanischer Beamter es nicht dulden kann, daß ein Mitglied des Hauses die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsordnung einen Saustall nennt. Er forderte den „Verbrecher“ dem Staatsanwalt zu übergeben. Alles glaubte, Schäfer habe vom leichten Frost einen Klaps bekommen und brach in ein schallendes Gelächter aus.

Wie die SPD die Interessen der Erwerbslosen „vertreibt“

Scharfe Abrechnung in Girokau.

Vergangene Woche fand in Girokau bei Freiburg eine Erwerbslosenversammlung statt. In den Ausschüssen wurden die Kollegen E. Engel, G. Stumpe, P. Klemmer gewählt. Eine reiche Debatte löste die Anträge auf einmalige Wirtschaftshilfe und laufende Unterstützungen aus. Der Antrag auf letztere wurde fallen gelassen und dafür eine Wirtschaftshilfe in vorjähriger Höhe gefordert. Bei der Aussprache hierzu wurde die leiste Weihnachtseinbringung für die Armen einer scharfen Kritik unterzogen.

Die Versammlung verlangte einstimmig Hilfe für alle Erwerbs-

losen und Bedürftigen und nicht nur an bestimmte Personen. Einige Kollegen beleuchteten an Hand von Beweisen die „wohlwollende“ Unterstützung ihrer Anträge von Seiten des Gemeindevorstehers Feige. Derselbe, der vor fünf Jahren die Autorität des früheren Gemeindevorstehers bezeugte, muß sich heute von seinen SPD-Genossen dasselbe öffentlich sagen lassen. Im Punkt 3 der Tagesordnung wurde die Arbeitsverteilung sowie das Verhalten der Gemeindeverwaltung kritisier. Die Partei für die SPD hat in unserer Gemeinde bestimmter diensttuende stellvertretende Amtsvertreter H. Anderlein gebrochen. Von einem seiner erwerbslosen Parteigenossen aufgesordert, in der Erwerbslosenversammlung zu erscheinen, erklärte er: „Ich werde mir dort die Ohren vollschreien lassen, noch von denen, die sonst nichts tun.“ Dieser Auspruch spiegelt klar das Interesse wider, das die SPD für Erwerbslose zeigt. Kollege Hermann (SPD) sprach über die erbernischen Handlangerdienste des SPD-Ministers bei der Schaffung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes. Keiner der anwesenden SPD-Genossen konnte ihm widersprechen. Kollege Günther (SPD) forderte die erwerbslosen Kollegen auf, sich mehr denn je politisch zu orientieren, um sich vom Joch der Ausbeuter zu befreien. Insbesondere vermisste er die Kollegen auf die wöchentliche Beilage „Der Erwerbslose“ in der „Arbeiter-Zeitung“.

Die Striegauer Kommunisten sagten den Reformisten die Wahrheit!

Der Ortsausschuß Striegau bequemte sich endlich einmal, eine Erwerbslosenversammlung einzuberufen. Wer aber gedacht hatte, daß man Hilfemaßnahmen zur Linderung der Not besprechen würde, hatte mit der Demagogie der Einberüster nicht gerechnet. Am Vortagsabend

spielen am Montag, den 11. Februar

abends 7 Uhr, im „Gasthof zum Zepter“

Ober-Waldenburg

Die

„Roten Raketen“

spielen am Montag, den 11. Februar

abends 7 Uhr, im „Gasthof zum Zepter“

Ober-Waldenburg

Liegnitz

Achtung, Erwerbslose!

Der Ortsausschuß unter dem Vorsitzenden Fischer hat beschlossen, daß keine allgemeine Erwerbslosenversammlung im Volkshaus stattfinden darf. Man will nur Branchenversammlungen abhalten. Die letzte Versammlung am 5. Februar ist unsern Stadtälterchen nämlich nicht gut bekommen; erkenn, weil der Genosse Paul gesprochen und die SPD mal wieder richtig umgerüht hat, und dann auch, weil in den Erwerbslosenausschuss ein zweiter Kommunist gewählt wurde. Aber lieber Kollege Fischer! Du wirst dich in die Finger schneiden, wenn du glaubst, die 4000 Erwerbslosen machen, was du distierst! Die Erwerbslosen führen in der Versammlung ganz recht an, daß bei der Wahl der Stadtverordneten im Herbst die Abrechnung kommt. Vielleicht haben es die Erwerbslosen auch bei dir nicht vergessen, was du Gutes an ihnen getan hast, auch wenn du jetzt behauptest, du willst die Anträge nicht vertreten, die die Arbeitslosen gestellt haben. Wenn du es nicht bist, dann wird es ein anderer sein.

Tot im Bett ausgejünden

Friühmorgens fand man die 70jährige Rentnerin Emilie Liepelt, Jauerstraße 138, tot im Bett aus. Am Abend vorher hatten Hausbewohner noch mit ihr geplaudert. Der Arzt stellte einen Herzschlag als Todesursache fest.

Bom Erwerbslosenausschuß wurde bei der Stadt beantragt, daß „Schiebhausen“ zu Erwerbslosenversammlungen herzugeben. Dem wurde aber nicht stattgegeben, denn die Erwerbslosen hätten ja dann geheime, wie man mit den Steuergroschen beim Umbau des „Schiebhauses“ gehaust hat. Als der Ausschuss den betreffenden Instanzen diese Geldverschwendungen vorhielt, belam er zur Antwort: „Sie haben ja kein Verständnis für sowas!“ — Nein, dafür haben wir wirklich kein Verständnis!

Hagnau

Freidenkerjugend. Kürzlich fand die jährlige Mitgliederversammlung der Freidenkerjugend statt. Jugendfreund Schröder gab bekannt, daß auch Mitglieder aufgenommen werden sollen, die noch der Kirche angehören, denn es kommt vor, daß solche der Eltern wegen nicht aus der Kirche austreten dürfen. Dann wurde das Monatsprogramm bekanntgegeben. Eine rege Aussprache gab es über das Theaterspielen bei der Roten Hilfe. Jugendfreund Schröder nahm Anstoß an der politischen Tendenz der Betrachtung. Wenn sich die Gewerkschaften daran stoßen, dann müssen sie erst unsere Ortsstatuten durchlesen, die wir getroffen haben. Die Freidenkerjugend kann an jeder rein proletarischen Feier teilnehmen. An alle Elterntüchter wir den Ruf: Schick eure Kinder zu uns!

Beuthen a. d. O.

Der Eisstreiber

Für den 4. Februar hatten sich die Beuthener Krieger einen feierlichen Oberflanz verschrieben, der über die „Kriegsgeklüftfrage“ sprach. Natürlich kam es auf den üblichen Schmuck heraus: Wir sind am Kriege unschuldig! Dieser quasselnde Patriot nannte in seinem Vortrag das deutsche Volk ein „Eisgelehrte“. Sich selbst bezeichnete er in diesem Zusammensetzung als Eisstreiber. Selbstverständnis ist schließlich der erste Schritt zur Besserung! Arbeiter, fahrt auf das Gerede dieser Eisbäcker nicht herein, die sollen mit ihrem Vaterland glücklich werden. Nur ganz Dumme laufen heute noch solchen „Feststimmertum“ auf. Der Arbeitet gehört in die rote Front!

Niederschlesien

Görlitz

Gasvergiftung. In der mit Gas angefüllten Wohnung fand man die Wirtshaftsfeindin Herrmann in einer Röhre befußungsfrei auf. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos, so daß die Frau ins Krankenhaus gebracht werden konnte.

Erwerbslosenkongress der Kreise Rothenburg-Hoyerswerda

Am 2. Februar d. J. fand in Hoyerswerda eine von den Erwerbslosen ausgeschütteten Delegiertenkonferenz statt. Als erster referierte Kollege Brodbeck über das Arbeitslosenversicherungsgesetz und die Sonderfürsorge für Saisonarbeiter und deren Katastrophenzusicherungen. Kollege Brodbeck ging besonders auf die Saisonarbeiter ein, da der größte Teil der Arbeiter Saisonarbeiter waren. Die Aussprache war sehr rege. Einige Rothenburger Kollegen wollten auch an ihrem Ort schnellstens einen Erwerbslosenausgleich bilden, der schon in der kommenden Woche eine Erwerbslosenversammlung einberufen soll. Kollege Brodbeck betonte in seinem Schlusswort: das Gesetz der Stunde sei engstes Zusammensetzen der Erwerbslosen mit den noch im Betrieb befindenden Arbeitern. Aufgabe der Kommunistischen Vertreter in den Gemeinden wird es sein, die Forderungen der Erwerbslosen zu vertreten. Nur wenn sich die Arbeiterklasse ihrer Kraft bewußt ist, wird es möglich sein, dieses Schandgesetz zu Fall zu bringen.

Eine eingeholtete Resolution enthielt folgende Forderungen:

- I. Von der Reichsregierung:
 1. Annahme des Sonderfürsorgegesetzes.
 2. Beste Unterstützung aller Arbeitslosen für die Dauer der Arbeitslosigkeit unter Wegfall jeder Wartezeit und jeder Bedürftigkeitsprüfung.
 3. Zahlung von Unterstützung auch an erwerbslose Hause, zum deren Familiengehörige.
- II. Von den Gemeinden:
 1. Gewährung von lösrenden Sozialleistungen (Familien, Lebensmittel usw.).
 2. Gewährung von Wirtschaftshilfen und Verbot der Errichtung Erwerbsloser.
 3. Belebung von Arbeitsmöglichkeiten für Arbeitslose zu Tariflohn.
- III. Von Arbeitsamt Görlitz:
 1. Befreiung der Nebenhandarbeit beim A.A. Görlitz und sofortige Einstellung von neuen Arbeitskräften aus den Reihen der Arbeitslosen.
 2. Errichtung von heizbaren Baracken mit Einzelwohnungen an den Stempel- und Bahnhöfen.
 3. Errichtung von Zahlkabinen. Stempelstellen in jeder Gemeinde.

Sanger

Zwei Klassen?

Richter. Radikalchristlicher Richter. Ständig vertriebenen leuchteten vereinzelt die Straßenlaternen. Bis auf die Rollkämpfen, liegt die Fabrik. Ein idyllisches Umgehen, das nach Menschenraum gärt. Bald wird es genötigt werden. Fünf dumpfe Schläge hallen durch die nächtliche Stille. In den Eindrucken der Arbeitern mischt der Richter. Hier und dort flammt Licht an den Fenstern auf. Um fünf Uhr beginnt die Lageraufführung des Proleten zu laufen.

Dreißig Minuten später befindet er sich bereits auf dem Wege zur Fabrik. Allmählich beginnt es sich in den Straßen zu regen. Die ersten Proletarier stampfen durch die Straßen. Teilnahmslos schwelend. Sie schauen kaum auf, wenn ein bürgerlicher Nachbarn unter ihnen vorüberwandert. Die Gedanken sind schon bei der Arbeit. In der Fabrik flammen überall Lichter auf. Schon beginnen die schweren Männer der Anteile zu stöhnen, als wollten sie nicht recht. Da — das Signal ... laut — scharf — bestehend! Ein Blick auf den Kollegen — ein Druck am Maschinenehebel — die Fron hat begonnen. Eine Klasse Menschen front dem Kapital.

Allmählich breicht dem Licht die Finsternis. Zwei Stunden später. Wieder beleben sich die Straßen. Der Tag ist erwacht. Auch die Menschen, welche jetzt durch die Straßen eilen, dienen dem Kapital. Doch sie sind bevorzugt, sie brauchen erst um 8 Uhr am Arbeitsplatz sein. Sie tragen auch bessere Kleidung — etwa den Sonntagsstaat der Arbeiter, jedoch auf teilweise besser genährt und gefünder aus. Doch es scheint nur so. Bei näherer Betrachtung merkt man, daß die meisten blau sind. Arbeiten nicht in der Fabrik. Haben ihren Dienst im Geschäft, Kontor oder in städtischen Büros. Sind keine Arbeiter, sondern Angestellte, Beamte. Doch was haben sie vor dem Arbeiter voraus? Im Grunde genommen nichts. Rechtet er nicht möglich entblöste Zahlenteile zusammen, wie der Arbeiter Sand, Steine, Kohle von einer Stelle zur anderen befördert? Steht er nicht genau so unter Aufsicht wie der Arbeitermann? Eine dumpfe Schwüle liegt wie ein Öl über dem Büro. Ganz gleich, ob in Fabrik, Geschäft, beim Magistrat oder Finanzamt. Muß der Angestellte nicht genau so um 8 Uhr zur Stelle sein, wie der Arbeiter um 6 Uhr? Also welcher Unterschied? Trug die Entlohnung? Nein, auch da ist kein Unterschied. Auch der Büroarbeiter gehört zu uns. Die Nutznießer dieser Gesellschaftsordnung haben einen Teil der Bevölkerung beseitigt, um die Massen leichter beherrschten zu können. Doch wie lange noch? Bereits jetzt hat auch ein großer Teil der sogenannten „Befreigestellten“ erkannt, wo ihr Platz ist. Und der Tag wird kommen, an dem das Kartellhaus dieser Gesellschaftsform den Herrschenden über dem Kopf aufzumachen läßt.

Gotha

Großer Spinnereibrand

In der Nacht zum Sonnabend brannte um die Mittagsstunde die Gothaer Spinnerei bis auf die Umrahmungen nieder. Von dem großen Wirtschaftsbrand fiel den Menschen außerdem der Tod auf zum Opfer. Den Hauseinwohnern gelang es lediglich, die Leichenbände vor dem Übergreifen des Flammes zu schützen.

Leubsdorf

Arbeitsmarkt. Am Schluß des Monats Januar waren 5512 Arbeitssuchende vorhanden, nämlich 4723 männliche und 784 weibliche. Von 355 Vermittlungsräten ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 600 gestiegen.

Borsigwalde

Zwei Männer gegangen. In einer eisfreien Ecke des Borsigwaldes fand man am Ufer die Kleider einer Frau. Wahrscheinlich ist sie den Tod im Wasser gefunden und gefunden.

Grünberg

August Litzke

Beste Bezugquelle von Traubens- und
Beerenweinen. Spirituosen aller Art.
Ruf 407

88454

Trinkt die wohlbekömmlichen

Grünberger Bergschloß-Biere

88453

Möbel, Tischlerei
65/66 Niederstraße 65/66
Garn. Sattlungsgeräteleidung
88371

Gisbert Burghardt, Obertorstraße 15
Schirme :: Herren-Artikel
88464

G. Pfeisch, Alte Kesseler Straße 18
Billig. Bezugquelle v. Lebensmitteln
88456

O. Poze Nachf.
W. Zillmer
reisigt, läuft, läuft
88467 plättiert
28 Niederstr. 28

Walter Germer
Breite Str. 21
Kolonialwaren
Spirituosen 88462

Großes Lager reicher Schuhwaren
W. Hierus, Niederstraße 10/11
88370

Bäckerei :: Konfiserie
Ota. Hoffmann, Naumburger Straße 1
Hersteller des bekannten Stolzen-Wortels
88374

Uhren und Goldwaren
Eigene Reparaturwerkstatt
des Deutschen Herrenfeins 7
88375

Uhren und Goldwaren
Wurstwaren, Schuhplatten
H. Götzen Ralf, Helferstr. 7
88365

H. Gebhardt, Ring 9
Herren-, Kinder- und Berufsbekleidung
88369

Manufaktur, Weiß- und Wollwaren
Aug. Günth

Breite Straße 1
88461

Leinenhaus, E. Herrmann

57 Berliner Straße 57
88361

Wäsche, Tricotagen, Strumpfwaren
Theodor Hildebrandt, Berliner Str. 4
88362

Karl Wöllers, Berliner Straße 17
Schirme :: Werkzeuge
Haush.- und Küchengeräte :: Tragetaschen
88363

Gustav Staub, Ring 85
Viele Bezugquellen für
Mett., Woll-, Manufakturwaren u. m.
Veredelung
88368

G. Gürle, Alte Kesseler Straße 1
Brot- und Feinbäckerei
88457

Fritz Guische / Breite Straße 73
Bäckerei, Nähmaschinen, Metz.-Werktatt
88180

Damen-Konfektion
Aussteuer-Waren
Kleider-Stoffe

Preiswert und gut!

Photo-Hofe / Breite Straße 15

Viteller Photo-Spezialgeräte
88458

Kaufhaus Bornstein
bekannt für gute Waren
zu niedrigsten Preisen
88463

Paul Mohr, Niederstraße 10 a
Groß-Lager in Papier- und Schreib-
waren :: Buchbinderei, Buchdruckerei
88465

Munella Gold
mit den wertvollen
unella Boni
allein erhältlich in der
unella Butterhandlung
88364

Mario-Mals

Große Niederrasse 15
Kombielle Einlagen gegen bequeme Zellulose
88369

Spielwaren

F. Liebsch
Ring 10 88369
■ Stahlwaren
Rasermesser
Rasierklingen
Schleiferei

Ing. W. Bielschki
Radiosachgeschäft :: Elektroartikel
Postplatz 10, gegenüber „Grüner Markt“
88460

Kittelmann & Knebel, Postplatz 15
Glas-, Porzellan-, Haush.- und Küchen-
geräte, Kinderwagen, Metallbettstellen
88465

Eduard Stuhmann
Ring 21/22 Ring 21/22
Das Gesch für Herren- und Raubensmittel
Ges.-Art.: Vermöhlung für alle Berufe
88372

Trinkt
die wohlbekömmlichen
„Obus“-Biere
88350

H. Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt W. Hettner, Niederstraße 10/11
Veredelung :: Telefon 551
88370

Röfeschlächterei

Brose
Berliner Str. 76
Prima Fleisch-
u. Wurstwaren

Lederwaren 88358
Spezial-Geschäft
reichl. Auswahl
August Rinz
s. Berliner Str. 6

Beerdigungs-
Institut

Paul Kleint
Breitestr. 74 88460

88360

W. Grau

Damen-Konfektion

Aussteuer-Waren

Kleider-Stoffe

88368

Die Saganer

Zentral-Molkerei

empfiehlt Sie ihrer werten Kunden
88329

Gathof „Deutscher Kaiser“

Inh. Oswald Siegert

Halte meine Lokalitäten der
Arbeiterschaft bestens empfohlen
88319

Fritz Skupin, Ring 35

Herren- und Knabenbekleidung
88326

Gasthaus Domke, Halbauer Str. 4

Empfehlenswerte Einkehrstätte
Verkauf außer dem Hause
88320

F. Rollmann / Markt 24

Inh. R. Robitz - Telefon 378

Uhren / Gold- und Silberwaren / Brillen
88329

Else Hoffmann

Stadtstraße 2, nahe der Post

Damen-, Herren- und Kinderwäsche
88324

Thiele & Koschütz, Sorauer Straße 19

Veredelung
und Schuhmacherbedarfsladen
88705

Georg Höhne, Waldenburger Straße

Inh. Ignaz Bender
empf. sämtl. Kolonial- u. Tabakwaren
88390

Hirschberg - Cunnersdorf

Fritz Krause empfiehlt seine

ff. Fleisch- und Wurstwaren
88561

Hirschberg Rseb.

2. Wohlstock, Hörtengasse 1

Schuhwaren - Reparaturen
88453

Carl Sonntag, Hörterstraße 12

Gärtner einer Fleisch- und Wurstwaren
88552

Otto Jaeger, Uhrmacher

Hirschberg i. Rieg., Bahnhofstraße 65
88351

Hugo Wilkoff, Lichtenburgstraße 12

Schuhmacher - Goldwaren
88360

Herren- und Junglingskonfektion

Veredelungshaus Inh. Max Heyer
Lichtenburgstraße 22
88443

August Hirschfeld, Oberther 1

Kolonialwaren, Tabakwaren
88397

Fritz Beyer, Kaffeehaus, Bismarck-

straße 10 - Kolonialwaren, Feinkost
88394

Georg Schmidts Kaff., Inh. Karl Möhl

Kolonialwaren, Fleisch- und Küchengeräte
88398

GUSTAV HAACKE

Damen- und Herrenbekleidung
88393

Ernst Sege, Schlossstraße 29

Kolonialwaren, Fleisch- und Küchengeräte
88399

Georg Sege, Kaffeehaus, Fleisch- und

Küchengeräte, Fleisch-, Wäsche- und Schuhwaren
88399

Kaufhaus Gustav Stiel Nachf.

Inh. Wilhelm Frisch, Kirchstraße 12
Veredelungshaus 88394

Si
hie
gen
ist
reserv

W. Oster

88394

Si